



Die Fed – ein hoffnungsloser Fall

Description

Die Fed ist ein hoffnungsloser Fall. Sie hat es immer wieder versäumt, ihr grundlegendes Mandat zu erfüllen, und hat sich in Politikbereiche begeben, die weit außerhalb ihrer rechtlichen Befugnisse und Kernkompetenzen liegen. Und die Vereinigten Staaten sind dadurch schlechter dran.

Das schreibt [Alexander William Salter](#) beim American Institute for Economic Research (AIER). Ich bringe nachfolgend eine leicht gekürzte Übersetzung. Das, was Salter hinsichtlich der Amtsanmaßung der Fed und ihrer Unfähigkeit schreibt, ihre angestammten Aufgaben ordentlich zu erledigen, trifft genauso auf die EZB zu.

Die Fed ist vom Kongress dazu verpflichtet, stabile Preise und Vollbeschäftigung anzustreben. Sie ist in beiden Bereichen schlecht. Die anhaltende Inflation zeigt, dass unsere obersten Zentralbanker nie die Lehren aus den späten 1970er Jahren gezogen haben. Und die Fixierung auf reale Variablen wie die Beschäftigung – insbesondere bei „benachteiligten“ Gruppen – hat dazu geführt, dass die Fed das Einzige aus den Augen verloren hat, was sie tatsächlich kontrollieren kann: Die Kaufkraft des Dollar.

Seit zwei Jahren übersteigt die Inflation das nominale Lohnwachstum, was bedeutet, dass der typische Amerikaner eine reale Lohnkürzung hinnehmen musste: Er erhält weniger Kaufkraft für eine Stunde Arbeit als noch vor zwei Jahren. Das ist in der Tat die Schuld der Fed.

Vergleicht man die Zeit vor der Fed mit der Zeit nach der Fed [die Fed ist 1913 gegründet worden – siehe z.B. [hier!](#)], so wird deutlich, dass die Fed im besten Fall keine Verbesserung und im schlimmsten Fall einen Nachteil darstellt. Die Inflation ist nicht anhaltend niedriger. Die Rezessionen sind nicht durchgängig kürzer. Die einzige Kennzahl, die zu Gunsten der Fed ausfällt, ist die Inflationsvolatilität – und das liegt an den öffentlichen Finanzpraktiken vor der Fed, nicht an der Weisheit der Zentralbanker.

Die Volatilität der Inflation war im 19. Jahrhundert höher, weil die Regierung den Goldstandard aufhob, um Kriege zu führen. Das Drucken von Greenbacks war eine Strategie zur Erhöhung der Einnahmen. Nach dem Ende der Kriege und der Wiederaufnahme der Tilgung gewöhnte sich die Wirtschaft allmählich an das höhere Preisniveau und die Inflation ging zurück. Der Fed gebührt dafür keinerlei Anerkennung.



Was das Thema CBDC (Digitales Zentralbankgeld) betrifft, so ist es unbestreitbar, dass die Fed mit Pilotprogrammen experimentiert hat, die der Kongress nicht genehmigt hat. Es ist auch klar, dass ein CBDC eine Katastrophe für die finanzielle Privatsphäre und die politische Freiheit wäre.

Wer, der bei klarem Verstand ist, möchte, dass die Regierung den Zahlungsprozess kontrolliert? Die Regierung würde es sicherlich missbrauchen, indem sie Zahlungen an missliebige Produzenten unterdrückt und vielleicht sogar CBDC-Salden besteuert, um den Verbrauch künstlich anzukurbeln. Wir wollen und brauchen kein finanzielles Panoptikum. Wenn die Fed dieses gefährliche Experiment nicht von sich aus stoppt, sollten es die Volksvertreter tun.

Wir haben auch allen Grund, uns über die Wachsamkeit der Fed Sorgen zu machen. Die Forschungsergebnisse der Zentralbank und ihre Governance-Initiativen im Zusammenhang mit amorphen und parteiischen Zielen wie „DIE“ [Diversity, Equity and Inclusion – Diversität, Gleichheit und Inklusion] und Klimawandel zeugen von einem beängstigenden Ausmaß an „Mission Creep“ [schleichende Ausdehnung der Befugnisse über den ursprünglichen Rahmen hinaus].

Lassen Sie es mich unverblümt ausdrücken: Die Fed hat keine Befugnis, in diesen Bereichen zu handeln. Jede Verbindung zum geldpolitischen Mandat oder dem damit verbundenen Mandat der Finanzstabilität ist eine Illusion.

Die Fed hat wiederholt bewiesen, dass man ihr nicht einmal zutrauen kann, die Geldmenge verantwortungsvoll zu verwalten. Warum sollte man erwarten, dass die Fed einen positiven Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit oder zur sozialen Gerechtigkeit leistet? Dies als unplausibel zu bezeichnen, ist eine massive Untertreibung.

Regierungsbehörden sollten dem öffentlichen Interesse dienen und gleichzeitig die Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten. Die Fed tut weder das eine noch das andere. Sie muss grundlegend reformiert werden, um sie wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Das geldpolitische Mandat der Fed sollte durch eine strenge Regel eingeschränkt werden. Ihr finanzielles Mandat sollte gestrafft werden, damit die Bürokraten der Fed keinen Vorwand mehr haben, ihren Job für sozialen Aktivismus zu nutzen.